

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

163. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 10. März 2005

Tagesordnungspunkt 13:

Unterrichtung durch die Bundesregierung: **Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im Jahre 2003 (Rüstungsexportbericht 2003)**

(Drucksache 15/4400)
15318 D

Petra Pau (fraktionslos):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute über einen Bericht der Bundesregierung, der den Grünen eigentlich richtig wehtun müsste. Es geht um deutsche Rüstungsexporte. Die Bilanz ist ernüchternd. Das Geschäft mit dem Tod boomt.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])

Friedens- und Menschenrechtsorganisationen haben erneut hochgerechnet, mit dem Ergebnis: Die deutschen Rüstungsexporte nehmen Jahr für Jahr zu. Die PDS im Bundestag hält das für grundfalsch und auch für gefährlich.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Übrigens: Selbst in **Krisengebiete** – darüber haben die Kollegen schon gesprochen – werden Waffen und Kriegsgüter geliefert, was SPD und Grüne früher ausdrücklich verhindern wollten. Aber auch diese Grundsätze sind offensichtlich passé. Ich habe sehr wohl vernommen, welche geschäftigen Botschaften von Bundeskanzler Schröder bei seiner jüngsten Reise durch den arabischen Raum ausgegangen sind: Die Rüstungsexporte sollen weiter zunehmen. Damit verliert auch der jährliche Bericht über die Rüstungsexporte seinen ursprünglichen politischen Sinn; denn ursprünglich sollten Rüstungsgeschäfte transparenter werden, um sie einzuschränken. Daraus ist aber nichts geworden.

Worum es dabei vorrangig geht, verrät übrigens ein Zitat. Es stammt nicht etwa aus einem altlinken Lehrbuch, sondern vom Vorsitzenden der Diehl-Stiftung, einem Konzerngeflecht im weltweiten Rüstungsgeschäft. Dr. Diehl sagte schon im Jahre 2000:

Die Regierung muss im Blick behalten, dass Unternehmen Rendite erzielen müssen, und dies geht bei Rüstungsgütern nur selten, wenn man sich allein auf die Belieferung der nationalen Streitkräfte beschränkt. ... Deutschland hat ein großes Interesse an ... dem Ausbau einer gemeinsamen europäischen Hochtechnologie- und rüstungsindustriellen Basis.

Dafür müsse sich Deutschland mit Gewicht einbringen, so Diehl. Die Bundesregierung hat diesen Appell offenbar sehr wohl vernommen. Man könnte auch sagen: Sie beugt sich dem Druck der Rüstungslobby.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Im Interesse Deutschlands, wie Dr. Diehl behauptet, ist das natürlich überhaupt nicht. Es geht, wie er selbst einräumt, schlicht um **Rendite und Profit**. Sie können das für wichtig halten. Die PDS tut das nicht. Sie sollten dann allerdings auch so ehrlich sein und die eigene Rüstungspolitik nicht auch noch mit friedensbewegten oder menschenrechtlichen Floskeln verhüllen. Das wird Ihnen ohnehin immer weniger abgenommen.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])